

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Pränumerations - Ankündigung.

Auf die „Laibacher Zeitung“ nebst „Blätter aus Krain“ wird ein neues Abonnement eröffnet.

Der Pränumerations-Preis beträgt vom 1. Februar bis Ende Juni 1864:

Im Comptoir offen	4 fl. 69 kr.
Im Comptoir unter Couvert	5 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	5 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	5 „ 25 „

Vom 1. Februar bis Ende December 1864:

Im Comptoir offen	10 fl. 9 kr.
Im Comptoir unter Couvert	11 „ — „
Für Laibach in's Haus zugestellt	11 „ — „
Mit Post unter Kreuzband	12 „ 75 „

Laibach Ende Jänner 1864.

Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg.

Amtlicher Theil.

Se. K. K. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Jänner d. J. dem Gerichtsadjunkten, Thomas Wegschaidler zu Klagenfurt, in Anerkennung seiner vielfährigen entsprechenden Dienstleistung taxfrei den Titel eines Kreisgerichtsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. K. K. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. December v. J. den Finanz-Bezirksdirektor in Triest, Oberfinanzrath Mathias Raissky, zum ersten Oberfinanzrath bei der Finanz-Landesdirektion in Graz mit den systemisirten Bezügen allergnädigst ernannt.

Se. K. K. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Jänner d. J. den Med. Dr. Michelangelo Alfson in Venedig, zum wirklichen Mitgliede des Istituto Veneto di Scienze, lettere ed arti allergnädigst zu ernennen geruht.

Die K. K. steier. - illyr. - k. - k. Finanz-Landes-Direktion hat den Kanzlei-Assistenten Joseph Weiler zum provisorischen Amtsoffizialen für den Rechnungsdienst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 29. Jänner.

Die parlamentarische Schlacht über die Kreditforderung der Regierung für die Operation in Schleswig hat im Abgeordnetenhaus begonnen und wird, nach der Weitschweifigkeit der ersten Redner zu urtheilen, wenn alle eingeschriebenen Redner so sprechen werden, mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Die Redner zerfallen in drei Kategorien: Solche, welche den rein deutschen Standpunkt festhalten, solche, welche den deutschen und österreichischen Standpunkt zugleich vertreten wollen, und solche, welche besonders den österreichischen Standpunkt hervorheben wollen. Was aus der ganzen Debatte schließlich resultiren wird, weiß man noch nicht; die Stimmung des Abgeordnetenhauses ist getheilt. Besonders neue Momente der Angelegenheit wurden in der ersten Sitzung nicht zu Tage gefördert. Ob die Reden einen Widerhall in Deutschland finden werden? Im mittelstaatlichen

Deutschland ist man auf die Großmächte so schlecht zu sprechen, daß man die Sitzungsberichte vielleicht ganz ungelesen läßt.

Die Zurückweisung der dänischen Vorschläge durch Oesterreich und Preußen hat in Paris, wie die „R. Z.“ versichert, um so größeres Aufsehen erregt, als man daselbst die zuversichtliche Hoffnung hegte, die beiden deutschen Großmächte würden Dänemark den von diesem erbetenem Aufschub gewähren. Drouyn de Lhuys hat sofort seinen Cabinetschef zum Fürsten Metternich geschickt und ihm bemerken lassen, daß in den Augen Frankreichs Oesterreich für die Folgen der preußisch-österreichischen Sonderpolitik verantwortlich sein würde. Gegen Preußen, fügt die „R. Z.“ hinzu, beobachte man in Paris eine unverändert freundliche Haltung.

74. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Jänner.

Auf der Ministerbank: Rechberg, Schmerling, Meséry, Lasser, Plener, Burger, Hein, Hofrath v. Biegeleben (Ministerium des Aeußern), Freiherr v. Mertens.

(Die Gallerien schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt, auch die Diplomatenloge sehr stark besetzt.)

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einläufe (darunter eine von Dr. Berger überreichte Petition einer großen Anzahl von Professoren, Gemeinderäthen, Künstlern und Gewerbetreibenden aus Wien, dahin gehend: Das hohe Haus möge, eingedenk der erhabenen Initiative unseres Kaisers, Alles aufbieten, um die legitime Trennung der Herzogthümer zu bewirken und Schleswig-Holstein seine Einheit und Selbstständigkeit dauernd zu sichern) wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist die erste Lesung des Berichtes der Staatsschuldenkontrollkommission über die Befolgung des §. 6 des Finanzgesetzes vom Jahre 1863.

Derselbe wird dem Ausschuss zugewiesen, welcher mit der Prüfung des Jahresberichtes der Staatsschuldenkontrollkommission betraut war.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist: der Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Nachtragskredit von 10 Millionen Gulden zur Bestreitung der Kosten der Bundesexekution in Holstein-Lauenburg.

Berichterstatter Dr. Gisptra gibt eine historische Skizze der politischen Schicksale Schleswig-Holsteins von den ältesten Zeiten bis heute und motivirt hierauf in ausführlicher Weise die Ausschussanträge, welche dahin gehen, dem Kriegsminister, unabhängig von dem im Finanzgesetze für 1864 festgestellten Erfordernisse, nachstehenden außerordentlichen Kredit zu eröffnen:

„Matrikularbeitrag behufs successiver Einzahlung und beziehungsweise Abrechnung gleich hoher Auslagen für die Bundesexekution in Holstein-Lauenburg 5,343,950 fl.“

Dieser Kredit dürfe zu keinem andern als dem angeführten Zwecke verwendet werden und sei abgefordert zu verrechnen.

Ferner beantragt der Ausschuss: „Das h. Haus wolle beschließen: Es vermag den von der kais. Regierung in Bezug auf die Okkupation von Schleswig eingehaltenen Vorgang als einen den wahren Interessen Oesterreichs entsprechenden und den allgemeinen Frieden sichernden nicht zu erkennen und fühlt sich daher zu dem Ausdruck verpflichtet, daß es die Verantwortung für die Folgen dieses Vorgehens ablehne.“

Präsident eröffnet die Generaldebatte. Als Redner sind eingeschrieben: gegen die Ausschussanträge: Berger, Brinz, Tinti,

Sartori, Hartig, Brosche, Pratobervera, Poche, Walterkirchen;

für denselben: Brinz, Rechbauer, Kuranda, Skene, Schindler, Herbst, Gschnitzer, Eug. Kinski, Kaiserfeld.

Hofrath v. Biegeleben als Regierungsvortreter erhält zuerst das Wort: Es muß der Regierung nahe liegen, sich zu fragen, was von diesen fast überall nur negativen Aeußerungen, wie sie im Berichte enthalten sind, der positive Kern der Ansichten des Ausschusses sei. Diese Frage habe ich mir umsonst gestellt. Der Bericht scheint mehrseits zu bedauern, daß die k. Regierung sich nicht unbedingt dem Willen der Majorität in Frankfurt hingegeben habe. Er scheint ihr andererseits vorzuwerfen, daß sie den Frieden nicht hinlänglich gesichert habe, daß sie aus der Rolle der Defensive herausgetreten sei, die ihr die Rücksicht auf Oesterreichs innern Frieden und auf seine Finanzzustände zur Pflicht macht. Das sind offenbar zwei Bedenken, die sich gegenseitig aufheben, und dennoch sind in der Sprache des Berichtes diese beiden Bedenken verbunden, und insofern ist dieser Bericht ultradiplomatisch. Noch mehr konzentriert ist dieser Widerspruch in der vom Ausschuss beantragten Resolution. Dieser Resolution gegenüber blickt die Regierung wie auf ein Räthsel. Sie weiß nicht, hätte sie, um die Kritik dieser Resolution zu vermeiden, sich unbedingt an die Tendenzen hingeben sollen, welche in Deutschland vorherrschend sind, und hätte sie sich umgekehrt verschließen sollen, auf bloße Unthätigkeit beschränkt in bloßen Abwarten. Diese Resolution das Gesicht einer Sphinx, sie gibt ein unerforschliches Räthsel auf, und macht kleine, den umzubringen, der es nicht erräth. Da nun, wie gesagt, die Regierung nicht weiß, welcher Meinung der Ausschuss ist, so habe ich mir die Aufgabe gestellt, so gedrängt als möglich zu zeigen, daß keine von diesen beiden Eventualitäten von Oesterreich angenommen werden konnte, ohne einerseits die Rechtsgrundzüge zu verletzen und andererseits die Zukunft des Reiches schweren Bedrängnissen und wahrhaft unabsehbaren Verwicklungen entgegen zu führen. Redner sucht darzutun, daß die Regierung unmöglich ihre eigene Ansicht und freie Aktion als europäische Großmacht jener Ansicht unterordnen könnte, welche momentan in Deutschland die vorherrschende geworden ist und die ihren Ausdruck in den Ansichten der Bundesregierung gefunden hat. Er sagt, diese vorherrschenden Ansichten geben notorischer Massen auf ein Ziel, welches nimmermehr erreicht werden kann, ohne einer Störung des Friedens zwischen den Großmächten Europa's, ohne allgemeinen und unabsehbaren Verwicklungen. Oesterreich hätte sich nur dann der Majorität in Frankfurt anschließen können, wenn es in seinem Innern entschlossen wäre, bis in die äußersten Konsequenzen diese Richtung zu verfolgen, und wenn es entschlossen wäre, es auch darauf ankommen zu lassen, Schleswig für Deutschland zu erobern. So lange dieser Entschluß, von dem ich nicht weiß, ob eine pflichtgetreue Regierung in Oesterreich ihn fassen dürfe, nicht reif war, mußte sie suchen, den Bestrebungen ihrer Bundesgenossen Gehalt zu thun. Redner wendet sich zur rechtlichen Seite der Frage und geht auf die Gültigkeit des Londoner Vertrages ein und meint, das Grundprinzip des Londoner Vertrages sei die Integrität der dänischen Monarchie.

Im weiteren Verlaufe seiner rechtsseitlichen Ausführung sagt Redner: Staatsrechtlich sei bisher noch nicht abgeprochen über das Successionsrecht der Linie Augustenburg, staatsrechtlich stehe dieses Recht noch da als ein in Anspruch genommenes, aber andererseits ebensowenig anerkanntes. Die Regierung habe daher den Standpunkt eingenommen zu erklären, daß sie einer Prüfung dieser Rechte auch jetzt nicht entgegen sei. Sie dürfe aber nicht zugeben, daß diese Prüfung in einer tumultuarischen Weise stattfinden, sie kann

nicht im Vorhinein zulassen, daß bei der Besprechung der Rechtsfrage nur eine Ansicht im Vorhinein als die richtige anerkannt werde. Nachdem Redner noch andere Sätze des Ausschußberichtes widerlegt, sagt er weiter: Oesterreich sei unbedingt verpflichtet, in Bezug auf Schleswig die neue Thronfolge anzuerkennen, während der Bund keineswegs die Befugniß für sich in Anspruch nehmen könne, auch in Bezug auf Schleswig die Thronfolge-Frage vor sein Forum zu ziehen. Die dänische Ansicht, wie sie in dem offenen Briefe König Christian VIII. zu Tage trat, ging dahin, daß unter allen Umständen Schleswig mit der dänischen Krone verbunden bleibe, da schon im Jahre 1720 durch die In Incorporation Schleswigs unter die Krone Dänemark die kognatische Successionsordnung an die Stelle der agnatischen getreten ist.

Redner führt mehrere Momente an, welche für diese Ansicht sprechen. In eine Besprechung der Ansprüche der russischen Dynastie eingehend, zeigt Redner, daß mit Aufhebung des Londoner Protokolls sich Deutschland von neuem Angesichts von Erbansprüchen Rußlands auf Theile von Holstein befinden würde und daß die kaiserliche Regierung um so weniger Grund hätte, sich vom Londoner Protokolle loszusagen, als dadurch ein Zustand der größten Rechtsstreitigkeiten und Verwirrungen entstanden wäre. Auf Gründe der Staatsklugheit übergehend, welche Oesterreich abhalten, sich vom Londoner Protokolle loszusagen, sagt Redner: So lange die deutschen Mächte bestrebt seien, für die Herzogthümer, für ihre deutschen Landsteute einen gesetzmäßigen, ihren Wünschen entsprechenden und gerechten Verfassungszustand zu verschaffen, so lange sei kein Konflikt vorhanden mit den europäischen Interessen; das ändere sich aber total, sobald man an die Stelle der Verfassungsfrage die Frage der Existenz der dänischen Monarchie setzt. Dieß würde nur zu einem nordischen Kriege führen, der so lange dauern würde, wie alle früheren nordischen Kriege. Aber nicht nur die Kriegsgesahr sei für die Regierung allein maßgebend, sondern sie mußte sich fragen, im Namen welchen Prinzips sie Krieg führen sollte. Die Legitimität sei in Oesterreich stets hochgehalten worden, aber es sei nicht zu verkennen, daß das stürmische Begehren, eine beschränkte Legitimität höher zu setzen als den Frieden der Welt, geeignet sei, Bedenken zu erregen, und daß man sich fragen müsse, ob nicht eine andere Tendenz zu Grunde liege, als die Achtung vor dem angeborenen Rechte eines Fürsten. Es sei klar, daß andere Motive vorliegen, nämlich die deutsche Nationalitäts-Tendenz, welche verlangt, daß die beiden Herzogthümer Deutschland annektirt werden.

Im österreichischen Parlamente brauche dieses wohl nur erwähnt zu werden, um gerechte Bedenken wahrzunehmen. Er glaube, zwischen dem Rufe: „Deutschland bis zur Königsau“ und dem andern Rufe: „Italien bis zur Adria“ sei eine verhängnißvolle Ähnlichkeit, welche die Aufmerksamkeit des Hauses verdienen. Die kais. Regierung habe die Entwicklung dieser Frage nicht sich selbst überlassen können, dieß würde in ganz Deutschland, wie der Selbstauschluß Oesterreichs aus Deutschland aufgenommen worden sein und man hätte mit Tausend Stimmen gerufen,

jetzt zeigt es sich, daß Oesterreich keine deutsche Macht ist. Ohne dem gemäßigten Einfluß Oesterreichs und Preußens wäre der Krieg längst entschieden, und nur so war es möglich, einen weiter gehenden Beschluß zu verhindern. Am 14. Jänner sei schon Alles reif gewesen, um den Beschluß zu fassen, Schleswig zu occupiren und dem Herzoge von Augustenburg zu übergeben, was Konflikte mit andern europäischen Mächten unvermeidlich gemacht hätte. Was Oesterreich und Preußen gethan haben, beruhe auf einem klaren und bestimmten, von Niemanden, als seinen Gegnern und unter diesen von Dänemark allein bestrittenen Rechte. Oesterreich und Preußen haben den Bund aufgefordert, nachdem die Exekution in Holstein vollzogen war, nunmehr auch Deutschland wegen Schleswig Recht zu verschaffen. Dazu waren Oesterreich und Preußen ganz vorzugsweise berufen und es sei zweifelhaft, ob der Bund für sich allein diesen Beschluß hätte fassen können.

Zur Bekräftigung dessen entwickelt Redner den Inhalt der Abmachungen zwischen Oesterreich und Dänemark vom Jahre 1852, welchem zufolge der Bund sich eines jeden Rechtes wegen Schleswig begab, welches Recht aber in den Händen Oesterreichs und Preußens lag, indem die Mächte erlangten, daß statt der früheren bloß indirekten Beziehungen zwischen Schleswig und Holstein präcise direkte Verpflichtungen eingegangen wurden. Oesterreich und Preußen kann den Bund theilnehmen lassen an diesen Befugnissen und sie haben ihn auch eingeladen, gemeinschaftlich mit ihm vorzugehen. Weit entfernt also, daß Deutschland ein Recht hätte gegen das Vorgehen der Mächte in Schleswig, seien es vielmehr nur diese, welche den Bund auffordern können, mit ihnen im Einklange zu handeln. Redner zeigt, daß dieses Recht Oesterreich auch nicht geringe politische Vortheile biete und sagt, die Mächte können auch mit dem Bewußtsein handeln, daß sie durch ihre Handlungsweise für die Herzogthümer gut sorgen. Die Tendenz, die Herzogthümer von Dänemark loszureißen, sei jung aber gegenwärtig vorherrschend, früher sei das Gegentheil der Fall gewesen. Redner citirt die Rechtsverwahrung der holsteinischen Städte vom Jahre 1844, in welcher es heißt: „Wir wissen in diesem Lande nichts von staatsauflösenden Bewegungen, nichts von Wünschen, die auf Vernichtung der Bande gerichtet werden, welche die Herzogthümer mit dem Königreiche vereinen, u.“ Es liege nicht in den Wünschen und Bestrebungen Oesterreichs, daß der alte Verband wieder hergestellt werde. Er berufe sich zu diesem Zwecke auf ein Memorandum, welches die kais. Regierung vor zwei Jahren nach Kopenhagen schickte und in welchem man Dänemark sagte, daß es in seinem Interesse liege, die deutschen Unterthanen zufrieden zu stellen, weshalb man ihm rathe, die verfassungsmäßige Verbindung der Herzogthümer herzustellen.

Was Oesterreich damals that, werde es jetzt mit mehr Gewicht und Autorität, vielleicht auch mit besserem Erfolg geltend machen können, wenn das österr. Parlament und die österr. Bajonnette zur Seite stehen. Man sagt, Oesterreich habe diesen Weg nicht wählen sollen, weil es damit der Politik einer andern

Macht Vorschub leiste. Der Ausschußbericht deute an, Oesterreich habe nicht mit Preußen gehen sollen. Er glaube, die Regierung würde den Geist des österr. Volkes schlecht interpretiren, wenn sie sich „prinzipienmäßig“ gegen ein Zusammengehen mit Preußen aussprechen würde. Wer die Geschichte der letzten 15 Jahre kenne, wisse, daß Oesterreich Preußen gegenüber stets in der Defensiv geblieben ist. Alle Streitigkeiten zwischen den beiden Mächten hatten den Charakter, daß sie Oesterreich nöthigten, um der Erhaltung seiner deutschen Stellung willen so zu handeln, wie es gehandelt hat; Oesterreich werde seine deutsche Stellung behaupten, ja auch gegen Preußen. Sofern diese Stellung nicht angegriffen wird, werde es gern und willig jederzeit dem preussischen Staat die Bruderhand reichen und er gestehe, es sei ein Resultat, das nicht zu unterschätzen ist, daß in diesem Augenblicke österr. Bataillone friedlich und vereint mit Preußen ziehen. Das sei ein Ereigniß, das manche Antipathien schwinden machen wird, die vielleicht nicht wieder aufwachen werden, während die Sympathien, die in diesem Augenblicke verloren sind, wieder kommen werden, weil man uns achten wird, weil man begreifen wird, daß wir nach Recht und Gewissen handeln. (Zustimmung im Centrum.) Die Regierung gebiete nicht über den Erfolg, es gebe keine Berechnung, die nicht getäuscht werden könne, sie könne aber hoffen, daß der Erfolg ihre Erwartungen krönen werde und er hoffe, daß der Ruf der österr. Regierung, als einer ehrliebenden und deutschgesinnten, hell und blank aus dieser Probe hervorgehen werde. Um so begreiflicher sei also ihr Wunsch, diese Probe in vollem Einklange mit Preußen zu bestehen. (Beifall im Centrum; Widerspruch links.)

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Sr. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem katholischen Gesellenvereine einen gnädigsten Unterstützungsbetrag von 100 fl. gespendet.

Wien, 28. Jänner. Die „W. A.“ ist zur Versicherung ermächtigt, daß das im Morgenblatt der „Presse“ abgedruckte Telegramm, dem zufolge Preußen in Erwägung der angeblich gesteigerten Kriegseventualitäten in Wien eine Ergänzung und Erweiterung der in Bezug auf die Okkupation Schleswigs abgeschlossenen Konvention beantragen werde, aller Wahrheit entbehrt.

Ausland.

Hamburg, 25. Jänner. Die „Hamburger Zeitung“ meldet: General-Feldmarschall Freiherr v. Wrangel ist heute Morgens mit seinem Stabe hier eingetroffen und im Hotel de l'Europe abgestiegen. Die Ehrenwache versteht ein Doppelposten von den noch hier liegenden Oesterreichern (Infanterie-Regiment Baron Martin).

Hamburg, 26. Jänner. Nach der „Hamb. Ztg.“ fand gestern Morgens eine Demonstration dem Hotel de l'Europe gegenüber Statt, in welchem der

Feuilleton.

Die Verwerthung der Maispflanze.

(Schluß.)

Hiermit war das erste Stadium der Maisstrohpapier-Fabrikation geschlossen. An den ferneren Verarbeiten war Diamant nicht mehr theilhaftig; dieselben wurden in Schlägelmühle unter der Leitung des Hrn. Hofrath Auer angestellt.

Da die Ähren, d. h. die Blätter, welche den Kolben umgeben, den Faserstoff in vorzüglicher Güte und Reinheit enthalten, so suchte man zur Vermin- derung der Kosten diese zur Papierbereitung zu verwenden. Führt man nun auch die Bemühungen nicht direkt zu dem gewünschten Resultat, nämlich die Produktionskosten so niedrig zu stellen, wie bei dem Haderpapier, so führten sie dagegen indirekt dahin und außerdem noch zu einem andern weit wichtigeren Ergebnisse, der Entdeckung eines neuen Spinn- und Webstoffes, welcher in seinen Abfällen uns das wohlfeile Papier verschafft.

Die Entdeckung wurde durch folgenden Ideen- gang herbeigeführt. Der Grundstoff alles Papiers ist die vegetabilische Faser. Das weiße Papier besteht aus Flach-, Hanf- oder Baumwollfasern; würden diese Fasern in unabgenüßtem Zustand zu Papier verarbeitet, so würde das letztere wesentlich besser, aber auch weit theurer werden. Das Haderpapier ist nur darum verhältnißmäßig wohlfeil, weil der Rohstoff desselben, die Faser, ihre Hauptverwerthung als Gewebe schon gefunden hat. Das bisher erzeugte Maispapier wurde aus unabgenüßtem Pflanzenfaser-

stoff erzeugt, mußte also ebenfalls theurer zu stehen kommen.

Es war also eine naheliegende Frage, ob sich die Faser der Maispflanze, ehe sie der Papiermaschine verfällt, nicht ebenso vorher ausnützen lassen könne, wie die Faser des Flachses und Hanfes, mit anderen Worten, ob sich die Maisfaser spinnen und weben lasse. Und in der That zeigte sich, daß die Maisfaser sich in flachsähnlicher Gestalt durch ein sehr einfaches, wenig Apparate und Hilfsstoffe erforderndes Verfahren aus der Pflanze extrahiren, wie Flachspinnen und wie Flachsgespinnst sich verweben läßt. Natürlich befindet sich dieses noch nicht zwei Jahre alte Verfahren noch im Zustande der Kindheit und ist besonders dadurch einer weiteren Entwicklung fähig, daß die Spinn- und Webmaschinen der Natur der Maisfaser angepaßt werden. Allerdings werden die Maisfasergewebe voraussichtlich nie mit feiner Leinwand wetzern können; sie sind jedoch als Surrogate für gröbere Flach- und Hanfgewebe vollständig verwendbar. Besonders eignen sie sich zu Wachs- und Theer-Leinwand, zu Stramin, Pack- und Steif-Leinwand u. s. w.

Mit der Verarbeitung zu Geweben und Papier ist die Verwerthbarkeit der Maispflanze noch nicht geschlossen. Bei dem zur Gewinnung des Maisflachses angewandten Verfahren sondern sich nämlich die Pflanzenbestandtheile in drei Theile, Faserstoff, Mehlteig und Klebstoff. Der Faserstoff wird gesponnen und gewoben; der Nahrungstoff, der die Eigenthümlichkeit hat, sich Monate lang in freier Luft frisch zu erhalten, somit wie wenige organische Substanzen der Fäulnis zu widerstehen, liefert wohlgeschmeckenden, nahrhaften und gesunden Mehlteig. Allerdings läßt sich derselbe nicht rein verkaufen; als Zusatz zu verschiedenen Sorten ordinarer Mehles hat er sich jedoch

vollkommen bewährt, und es ist nach dem Urtheile der städtischen Marktkommission zwischen den auf diese Weise hergestellten und dem sogenannten gemischten Bäckerbrote ein Unterschied nicht wahrzunehmen. Besonders bemerkenswerth ist, daß selbst das schlechteste sogenannte Pohlmehl, das einen bitteren und unangenehmen Geschmack besitzt, unter Beimengung von Maispflanzenmehl ein schmackhaftes Brot gibt; selbst zur Vereitung von feinerem Gebäck, wie Weißbrot, Semmeln, Kipfeln u. s. ist dieser Stoff verwendbar, doch darf der Zusatz nur klein sein. — Wenn Herr Auer jedoch noch hinzufügt, daß der Maissteig getrocknet ein vorzügliches Brennmaterial, angeweidet aber Dünger gibt, so ist das wohl mehr, als zur Empfehlung nöthig ist. Dieserhalb wird Niemand die Fabrikation betreiben.

Alle beim Gewinnen des Faser- und Nahrungstoffes sich ergebenden Faser- und Leimabfälle der Maispflanze werden zu Papier verarbeitet. Dadurch ist es möglich geworden, die Produktionskosten so zu erniedrigen, daß das Maisfaserpapier gegenwärtig hinsichtlich des Preises mit dem Haderpapier vollkommen konkurriren kann, ja sogar billiger als dieses zu stehen kommt. Hinsichtlich der Qualität lassen die Fabrikate durchaus nichts zu wünschen übrig; die besseren Sorten kommen den besten Leinwandpapieren nicht nur gleich, sondern übertreffen dieselben noch an Zähigkeit und Dauerhaftigkeit um ein Beträchtliches; die Pergamentpapiere dürften sich bei dem hohen Preise des Pergaments in kurzer Zeit als Surrogat für dasselbe einbürgern; die Paus- und Zeichenpapiere scheinen eine große Zukunft zu haben und bestimmt zu sein, die guten, aber theureren französischen und englischen Zeichenpapiere zu verdrängen; die feinen Post-, Luxus- und gefärbten Papiere, aus Maisfaser und Hader gemischt, können den schön-

Herr General-Feldmarschall Wrangel abgestiegen ist; an dem daselbst befindlichen Flaggenstocke der Landungstreppe der Alster waren nämlich die schleswig-holstein'schen Farben halbstoch gehißt, darüber wehte eine große schwarze Florsfahne und darunter war an der Flaggenleine eine Tafel befestigt, auf welcher, wie es schien, gedruckt, die Inschrift zu lesen stand: „W! Dem Verräther von Schleswig-Holstein.“ Die Tafel wurde bald nachher von der Polizei entfernt, aber der Feldmarschall wollte auch seine Gegen-Demonstration machen. Seine Eskorte von 6 Kürassieren, die vor dem Hotel hielt, wurde nach Hause geschickt, und Wrangel ritt allein, nur in Begleitung eines Reitknechtes, spazieren.

Genoa, 22. Jänner. Die Proklamation Garibaldi's, welche der „Diritto“ zu veröffentlichen versucht, zirkulirt hier in zahlreichen Exemplaren und hat die Anhänger der Aktionspartei bis zum Fanatismus aufgeregt. Die Polizei gibt sich alle Mühe, um das „Militärcomité“, welches seinen Hauptsitz hier haben soll, zu entdecken, bisher haben wir aber noch von keinem Resultate bezüglich dieser Recherche gehört. Abends durchziehen zahlreiche Militärpatrouillen die Straßen der Stadt, was von unserem erzehrsüchtigen Mob mit sichtlichem Mißfallen aufgenommen wird. Gestern Abends kam es vor der Porta Pila zu einem Volksauflauf, weil ein Haufe gemessiger Arbeiter Spottlieder gegen die Piemontesen gesungen. In den Cafés und Oserien werden ganz unverholene Drohungen gegen die Regierung ausgesprochen, ohne daß ein Polizeiaгент einzuschreiten wagt.

Aus **Neapel** schreibt man der „O.-G.“ vom 20. d., daß die politische Lage und Stimmung des Landes täglich einen gespannteren Charakter annimmt. In der Provinz, zumal in Benevent dauern die Verhaftungen und terroristischen Regierungsmaßregeln fort, mobile Militärkolonnen durchziehen brandschatzend das Land und werden täglich mit den sogenannten „Briganten“ handgemein, welche auch ihrerseits den Kampf bis auf's Messer fortsetzen. Dabei ist das Land buchstäblich von bourbonischen und mazzinistischen Agenden überschwemmt, welche die Revolution gegen die Piemontesen predigen. Der Polizeidirektor von Benevent, Namens Volis, wüthet in einer Weise, gegen welche alle Thaten Murawjoff's liebevoll und barmherzig genannt werden können. Um nur ein Beispiel von den Infamien dieses Volis anzuführen, erwähne ich die schändlichen Szenen, welche dieser Polizeichef in der Nacht vom 14. auf den 15. d. M. in dem Flecken Cantano, Provinz Benevent, begangen. An der Spitze von 200 Mann, größtentheils betrunkenen piemontesischer Soldaten, umzingelte Volis nach Ein Uhr Nachts Cantano, um angeblich nach „Briganten“ zu suchen. Die Soldaten stürzten sich wie wilde Bestien in die Häuser der schlafenden Bewohner und zuerst auf die halbnackten Weiber und Mädchen. Die Männer wurden zu Boden geschlagen, mit den Bayonetten in die Füße, Hände und andere Körperteile gestochen und zuletzt mit den Lathstöcken halb todt geprügelt. Alsdann wurde der Ort geplündert und auf's gräßlichste verwüthet. Zuletzt wurden 14 Halbtode und vom Blute triefende Einwohner auf bereit-

stehende Wagen geworfen und im Triumph als gefangene „Briganten“ nach Benevent geführt!

In **Bern** ist eine Depesche des Dr. Kern eingetroffen, wonach die französische Regierung das Verlangen gestellt hat, daß der Bundesrath die Absendung eines französischen Kommissärs nach dem Kanton Tessin gestatten möge, welcher die Ueberwachung der von den dortigen Behörden wegen des Attentats Trabulko angestellten Untersuchung übernehmen soll. Wie Herr Drouyn de Lhuys dem Dr. Kern in sehr deutlichen Ausdrücken zu verstehen gegeben, hat man in Paris kein großes Vertrauen auf den guten Willen der Tessiner Polizei; wie es scheint, muß daselbe aber auch für die eidgenössische Zentralbehörde nicht besonders groß sein, da man die von dem Bundesrathe angebotene Absendung eines eidgenössischen Kommissärs nach Lugano ausgeschlagen hat. Unter sothanen Umständen hat der Bundesrath für gut gefunden, dem französischen Verlangen zu willfahren; er glaubt das aber, ohne der staatlichen Würde der Schweiz etwas zu vergeben, um so eher thun zu können, als bereits auch die piemontesische Regierung die Absendung eines französischen Untersuchungskommissärs in der gleichen Sache nach Turin gestattet hat.

Paris. Das „Memorial diplomatique“ glaubt zu wissen, daß die Reise des Erzherzogs Maximilian nach Wien mit Familiengeschichten in Verbindung stehe, welche wegen der bevorstehenden Abreise des künftigen Kaisers von Mexiko geregelt werden müssen. Gleichzeitig behauptet das in dieser Spezialität vorzugsweise wohlinspirirte Blatt, daß keine kaiserlich-königliche Verfassungsbestimmung über Vormundschaft oder Regentenschaft während der Unmündigkeit eines Souveräns etwas festsetze. Nach dem 1379 und 1386 zu Stande gekommenen Hausgesetze stehe die Ernennung des Regenten und Vormundes der freien Wahl des Erblassers zu. Nur wenn kein Testament vorhanden sei, übernehme der älteste nächste Agnat mit der Vormundschaft gleichzeitig auch die Regentenschaft. In dieser Eigenschaft als nächster Agnat besitze Maximilian eventuelle Rechte auf die Thronfolge. Diese Rechte sollen aber nicht aufgegeben, sondern vorbehalten und gewahrt werden. Aehnlich, wie Leopold, Großherzog von Toscana, nach dem Tode Joseph's II. den Thron der Medizäer mit der Kaiserkrone vertauscht, würde auch gegebenen Falls Maximilian das Diadem Montezuma's niederlegen, um Kaiser von Oesterreich zu werden. Bevor der Erzherzog Oesterreich verläßt, erwartet er noch einmal die mexikanische Deputation, die ihm bereits am 3. Oktober die Krone angetragen hat, in Miramare, damit ihm diese die feierliche Bestätigung des Volums der Notabeln durch die Majorität der Bevölkerung, namentlich durch die Einwohnerschaft gewisser, von dem Erzherzog selber bezeichneter Städte überbringe. Der Erzherzog, beillt sich das „Memorial“ beizufügen, wollte nicht, daß diese Bestätigung durch ein Plebisit stattfinde, in Erwägung, daß das allgemeine Stimmrecht noch nie in Mexiko zur Anwendung gekommen sei, und daß man, um es zur Ausübung zu bringen, vorher eine konstituierende Versammlung zur Ausarbeitung des Organisationsplanes dieses neuen Prinzips einberufen und die Nation mit demselben

vertraut machen müßte, „was eben so zeitraubend als gefährlich sein würde.“ Der Erzherzog verlangt einzig, daß die Abstimmung der Notabeln der Hauptstadt von den Ayuntamiento oder Gemeinderäthen der übrigen Städte bestätigt und bekräftigt werde. Die Abstimmung dieser Ayuntamiento wird mit dem Packetboote Mitte Februar in Frankreich eintreffen. Der Erzherzog wird sofort nach der Ankunft dieser Beschlüsse den Szepter in die Hand nehmen und nicht als Erzherzog von Oesterreich, sondern als Kaiser von Mexiko nach Paris kommen, wo man ihn mit allen seinem Range gebührenden Ehren empfangen wird.

Nach dem „Journal des Débats“ ist die Untersuchung gegen die vier des Mordversuches gegen den Kaiser Napoleon angeklagten Italiener Greco, Imperatori, Trabucco und Soglio geschlossen. Sie bestanden am Donnerstag (21.) ihr letztes Verhör. — Aus mehreren Städten Italiens treffen Adressen in Paris ein, worin das Attentat mißbilligt und der Kaiser beglückwünscht wird.

Aus **London** erhalten wir die interessante Mittheilung, daß D'Israeli am 4. Februar ein großes Oppositionsbanquet veranstaltet, bei welcher Gelegenheit er förmlich als Führer der Tory-Opposition gegen das Whigministerium in der bevorstehenden Parlamentssession auftreten wird.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Salzbach, 30. Jänner.

Morgen Vormittag halb 12 Uhr findet die Generalversammlung der Mitglieder der philharmonischen Gesellschaft im Redoutengebäude statt.

Gestern Nachmittag entzündete sich in einem Hause nahe der Franzensbrücke in Folge des Ausbrennens des Schornsteins ein neben demselben befindlicher Balken. Das Feuer wurde zeitig genug entdeckt und schnell gelöscht.

Der Beginn des heute stattfindenden Narrenabends ist Punkt acht Uhr. Wir erinnern noch einmal daran, daß auf der Schießstätte keine Einlasskarten zu haben sein werden.

Wegen Vorbereitungen zum Armenballe ist das für den 31. d. M. bestimmte IV. Schießstätte-Kränzchen auf Fasching-Dinstag den 9. Februar übertragen worden.

Die Handarbeiterin Elise L. von Krapfenfeld wurde wegen Diebstahls eines Porte monnaie mit 27 fl. 45 kr. und eines goldenen Ringes, das sie einer Magd auf der Gasse aus der Tasche zog, angehalten.

Dem Schuhmacher Georg Klemenzbichl aus Kayer im Bezirke Neumarkt wurde ein Storb mit Schuhwaaren im Werthe von 41 fl., den er im Wirthshaus Nr. 65 in der Kapuziner-Vorstadt im Vorhause stehen ließ, durch unbekannte Thäter gestohlen.

Das Taschenbuch für Gabelsberger-Steinographen auf das Jahr 1864 weist für Steiermark, Kärnten und Krain eine Gesamtzahl von 209 Steinographen aus den verschiedensten Ständen nach, welche größtentheils den Vereinen in Graz, Klagenfurt und Laibach angehören.

In dem von dem Redakteur der „Klagenf. Ztg.“ gegen Herrn Schleichert, Redakteur der „Draupost“, anhängig gemachten Preßprozeß wegen Ehrenbeleidigung geht, wie aus Wien geschrieben wird, das Urtheil der obersten Instanz, nachdem von beiden Parteien gegen das zweitinstanzliche Urtheil rekurirt worden war, dahin, daß es das Urtheil des Grazer Oberlandesgerichts bestätigt. Es bleibe also Herr Kraßnig als Verfasser des inkriminirten Artikels wegen des Vergebens der Ehrenbeleidigung nach §§. 491 und 493 St.-O.-B. schuldig und zu 20 fl. eventuell 5 Tagen Arrest verurtheilt, sowie Herr Schleichert wegen Außerachtlassung der pflichtmäßigen Objsorge zu 20 fl. eventuell 4 Tagen Arrest, und einem Kautionsverfall von 60 fl. verurtheilt.

Bei der am 27. d. M. in Klagenfurt stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten des Großgrundbesitzes wurde Hr. K. Stockert, Outbesitzer in Freudenberg gewählt. — Die Betheiligung war eine äußerst geringe, indem von 103 Wahlberechtigten nur 40 Stimmen abgegeben wurden. Davon erhielt Herr Stockert 26 Stimmen.

Das am 26. Jänner bekannt gewordene Falliment der Firma Paul v. Puzer in Större bei Zilli liefert eine traurige Illustration zur gegenwärtigen Lage unserer Eisenindustrie. Diese Firma, welche im Besitze großer Eisenwerke ist, hat sich in den letzten Jahren in der Anfertigung von Panzerplatten für die österreichische Marine besonders hervorgethan. Aber wie es scheint, hat dieselbe bei diesem Unternehmen, dessen erste Einrichtung eine große Summe erforderte, ihre Kräfte überschätzt, und ist den hierdurch erfolgten Verlegenheiten um so mehr zum Opfer gefallen, als die Bestellungen des Avaras in letzter Zeit sich bedeutend verringert hatten. Die Passiven sollen dem Vernehmen nach 1,200,000 fl. betragen, über die

nen Papieren dieser Gattung an die Seite gestellt werden.

Der österreichische Ausstellungskatalog für London (1862) und der österreichische Bericht über die Londoner Ausstellung wurde bereits auf Maisfaser-Papier gedruckt. Auch hat sich bereits vor einiger Zeit in Pest eine Aktiengesellschaft gebildet, welche die Verarbeitung der Maisfaser zu Spinn-, Papier- und Nahrungsmittel bezweckt. Wir fügen nur noch bei, daß nach Angabe des Herrn Hofrath Auer sich aus 100 Zentnern Maisblättern 10 Zentner Spinnstoff, 19 Zentner Papierstoff und 11 Zentner Nahrungsmittel gewinnen lassen.

Bei dieser Gelegenheit können wir uns nicht versagen, noch auf eine andere Verwendung des Mais, die unseres Wissens ebenfalls zuerst in Oesterreich zur Ausführung kam, aufmerksam zu machen. Es ist bekannt, daß die Maiskörner, die in lufttrockenem Zustande 50—72% Stärke, 3—6% Gummi und Zucker, 8—9% Proteinstoffsubstanz etc. enthalten, in vielen Gegenden zur Bereitung von Brot, als Viehfutter, sowie zur Fabrikation von Spiritus verwendet werden. Seit etwa 9 Jahren verwendet Herr L. Häcker in Ungarisch-Altenburg jedoch den Mais auch in der Bierbrauerei, und es ist sein Verfahren bereits in mehreren österreichischen Brauereien nachgeahmt worden. Allerdings eignet sich der Mais nicht zum Malzen; er kann daher nur in der Weise verarbeitet werden, daß man dem Gerstenmalz eine Quantität ungemalztes Maischrot, welche mindestens 25% nach einem Versuche im Laboratorium aber selbst 50% ausmachen kann, zusetzt. Die Altenburger Brauerei erzeugt jährlich etwa 24,000 Maisbier in den in Wien üblichen untergährigen Sorten (Märzen-, Lager- und Doppelbier). Dasselbe soll sehr gut, von reinem Malzbier schwer oder gar nicht zu unterscheiden

und namentlich sehr haltbar sein; jedenfalls spricht für dasselbe die jährlich wachsende Nachfrage und dessen Versendung nach dem Banate, Triest, Schlesien und Galizien.

Die Maispflanze hat keine unbenutzbaren Theile, vom Kolben bis zur Fahne ist sie verwertbar. Sie liefert in den Körnern und in dem Mehlstoff der Pflanze Nahrung; sie liefert Kleidung in dem Faserstoff; sie liefert Papier in dem kürzeren Faser- und Leimstoff. Hat der Faserstoff als Gewebe angedient, so wird er zur Faser und liefert abermals Papier. Welche Pflanze könnte sich einer gleichen Nützlichkeit rühmen?

Für die österreichische Landwirthschaft, welche gegenwärtig etwa 43 Mill. Megen Mais im Werthe von 83 Mill. Gulden produziert, sind die im Vorstehenden geschilderten Verwendungen des Mais von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Voralberg, Südtirol, Venetien, Küstenland, Dalmatien, Krain, Kärnten, Untersteiermark, Kroatien, Slavonien, das ganze Flachland von Ungarn, die wärmeren Gebirgsthelle von Ungarn und Siebenbürgen, die Bukowina und der südöstliche Theil von Galizien bauen Mais in bedeutendem Umfange; im Allgemeinen steigt er bis zu einer Seehöhe von 2500 Fuß hinan, in Voralberg freilich nur bis zu 2000 Fuß, dagegen in Südtirol und Kärnten bis zu 3000 Fuß. Aber auch in Niederösterreich, Währen, ja selbst in Oberösterreich und Nordtirol ist der Mais eingebürgert, so daß nur Böhmen, Schlesien und Westtirol sich am Maisbau nicht betheiligen. Daß sich derselbe aber auch hier noch an begünstigten Stellen lohnt, das zeigen die erfolgreichen, in Böhmen gemachten Beobachtungen.

Aktiva ist noch nicht Gewisses bekannt, indem letztere vorzugsweise in Realitäten bestehen. Großes Aufsehen wird der Fall dieses Hauses in Tirol erregen, wo sich dasselbe unter der Firma J. H. Holzhammer eines derartigen Rufes erfreute, daß man es bezüglich der Sicherheit von Kapitalanlagen einer Sparkasse gleich achtete.

— Sr. Excellenz Herr Graf Anton Auersperg hat in einem an den Herrn Bürgermeister Ritter v. Frank gerichteten Schreiben seine Dankgefühle gegenüber den Unterzeichnern der von der Grazer Bevölkerung an ihn ergangenen Vertrauensadresse ausgedrückt.

— Am verfloffenen Sonntag sind zwei Geschäftsmänner in Graz durch Genuß von Würsten unter gleichen Symptomen, nämlich heftiges Erbrechen und Schmerzen im Unterleibe erkrankt, wovon der Eine Dienstag, der Andere Donnerstag dieser Krankheit erlegen ist.

— Nachstehendes köstliche Händchen hat sich in Graz zugetragen und spielt bei demselben ein gut renommirter Photograph eine Hauptrolle. Ein junger Dandy ließ sich photographiren, bereute aber die hierfür entfallende Ausgabe bald, und erklärte die ihm präsentirten, vorzüglich gelungenen Bilder als schlecht, da sie „nicht einen Zug seines Gesichtes“ enthielten. Der Dandy ging fort, ohne die Bilder zu nehmen. Er erzürnte Photograph beschloß, sich zu rächen. Er machte beim Retouchiren die Ohren des jungen Herrn etwas länger und stellte das Bild aus. Nach einigen Stunden schon stürzte das zum Midas gestempelte Herrchen erzürnt in das Atelier mit dem Ausruf: „Herr, wie komme ich zu der Zusamie, mein Bild mit langen Ohren ausgestellt zu sehen?“ Ruhig entgegnete der Photograph: „Ihr Bild, mein Herr? Sie sagten ja noch vor wenig Stunden, es sei nicht ein Zug ihres Gesichtes vorhanden. Oder sollte sich die Ueblichkeit erst nach Verlängerung der Ohren eingefunden haben?“ — — Der Mann hat Wig.

Wiener Nachrichten.

Wien, 28. Jänner.

Das Offizierskorps des eingerückten Bataillons des Regiments Erzherzog Rudolf hatte gestern die Ehre, sich seinem durchlauchtigsten Oberst-Inhaber Herrn Erzherzog Kronprinz Rudolf vorstellen zu dürfen.

— Den von R. Hamerling zum Druck vorbereiteten A. Guzmann'schen Nachlaß hat die Verlags-handlung von C. Schönwetter in Wien käuflich an sich gebracht, und wird derselbe, von der äußerst strebsamen Firma elegant ausgestattet, binnen kurzer Frist in die Hände der Abonnenten gelangen.

— In den Redaktions- und Expeditionskolossalitäten des „Fremdenblattes“ fand eine Hausdurchsuhung Statt. Gegenstand der Nachforschung war das Manuskript einer am 28. December veröffentlichten, einen Vorfall in Reg betreffenden Notiz. Das Manuskript wurde gefunden.

Ueneße Nachrichten und Telegramme.

München, 28. Jänner. Die „Baier. Ztg.“ widerspricht der Behauptung des „Volksboten“, Baiern habe sich zur Politik der deutschen Großmacht befehrt, und die Mittelstaaten überhaupt hätten sich zur großmächtlichen Politik hingewendet. Der Standpunkt der bayerischen Regierung sei, wie aus den thatsächlichen Verhältnissen erhellt, unverändert. Es sei ein unmotivirter Schluß, aus einzelnen, dem Zusammenhange entzogenen Worten eine Verständigung zu folgern; die „Baier. Ztg.“ versichert das Gegentheil.

Frankfurt, 28. Jänner. In der heutigen Bundestagesitzung wurde der Antrag Kurheßens auf Beschleunigung der Beratungen über die Erbfolgefrage und über die Vorstellung der schleswig-holsteinischen Landesdeputation an den Ausschuß für Holstein überwiesen; ebenso die Anfrage der Zivilkommissäre wegen Berufung der holsteinischen Stände.

Kassel, 27. Jänner. Auf das Schreiben des Stände-Ausschusses, die Einberufung der Stände betreffend, antwortete die Regierung unter dem 23. d. M.: Die Regierung habe für Okkupation Schlesiens vorbehaltlich der Erbfolgefrage gestimmt, um Schleswig vom dänischen Drucke zu befreien und die Spaltung im Innern Deutschlands zu verhüten. Auf schnelle Entscheidung der Erbfolgefrage zu dringen und darauf hinzuwirken, daß die Entscheidung dem Rechte volles Genüge thue, halte die Regierung für das allein Mögliche und finde deshalb vorerst keinen Anlaß, den Beirath der Stände zu hören.

Kopenhagen, 28. Jänner. Die Abreise des Königs wird durch den hoffnungslosen Zustand der Schwiegermutter desselben, der Landgräfin von Hessen-Kassel, verzögert. Der Kurierwechsel mit London

ist äußerst lebhaft. Das Befinden des Keffen des Königs von Schweden, des Herzogs von Wermland, ist bedenklich.

Bukarest, 27. Jänner. Die Regierung hat den der Kammer vorgelegten Armee-Organisationsentwurf zurückgezogen.

Konstantinopel, 23. Jänner. „Evant Herald“ stellt eine größere Truppenkonzentration bei Ruffschuk und Silistria in Abrede. Von den erwarteten 50 000 sicherkeftlichen Emigranten sind bereits 15000 eingetroffen. Eine Deputation aus den heiligen Städten Arabiens ist hier angekommen, um gegen den Gouverneur von Medina Beschwerde zu führen. In den Militär- und Marine-departements herrscht große Thätigkeit. Den Befestigungswerken an der Donau wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Beley Pascha, früher Gesandter in Paris, wurde zum Generalgouverneur von Konich ernannt.

Aus Dscheddak, 24. December, wird gemeldet: Der Emir der Wahabiten hält eine feste Stellung bei Abu-Arich besetzt, von wo er die Kommunikationen mit der Küste abschneidet und die Küstenstädte Sukkaya und Hodeida bedroht.

Athen, 23. Jänner. Von London wird ein neuer, günstigerer Vertrag betreffs der jonischen Inseln nächstens erwartet. Der Gesandte Bourrée reist auf Urlaub nach Paris und wird kaum mehr nach Athen zurückkehren. Mehrere griechische Offiziere wollen den deutsch-dänischen Krieg mitmachen — Ueberall tritt der Winter mit großer Strenge auf.

Briefkasten der Redaktion.

Dr. F. S. in Laibach: Wir haben schon öfter wiederholt erklärt, daß an o n y m e Zuschriften nicht berücksichtigt werden. Wünschen Sie die Aufnahme des eingedendeten Artikels, so nennen Sie uns Ihren Namen. — Fräulein D. in Laibach: Es ist uns unmöglich, Ihnen eine Karte zum Narrenabend zu verschaffen, weil Damen überhaupt nicht Zulass haben. — Herrn M. in Laibach: Narrenkappe allein genügt nicht, sie müssen noch einige Veränderungen im Anzuge bewerkstelligen. — Herrn B. in Laibach: Wenden Sie sich an Herrn Karinger, dort sind heute Nachmittag noch Karten zu haben. — Herrn F. P. in Neumarkt: Wir bitten, nicht zu vergessen. — Herrn Dr. G. in Stein: Sie scheinen gar nicht mehr an uns zu denken.

Theater.

Heute Samstag: Geschlossen. Morgen Sonntag: Ein Lump. Original-Posse mit Gesang in 3 Akten, von Fr. Kaiser.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Bei großer Geschäftstillde eröffnete und schloß die Börse in stauer Haltung. — Staatspapiere wurden durchschnittlich um 1/10 bis 1/20 % billiger abgegeben. Weillässig in dem gleichen Verhältnisse waren auch die Industriepapiere rüthig. Speziell verloren Kredit-Aktien und Kreditlose gegen gestern billässig 1 fl. am Kurse. — Wechsel, auf fremde Plätze ohne Begeh, erfuhren erst über das am Schlusse eingelangte Londoner Telegramm eine Preissteigerung von circa 1/10 %. Silber und Goldsorten gleichfalls im Kurse kaum geändert. Geld flüssig.

Table with multiple columns: A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), Aktien (pr. Stück), Pfandbriefe (für 100 fl.), Wechsel, Cours der Goldsorten. Includes sub-sections for Böhmen, Steiermark, Krain u. Küst., etc.

Telegraphische Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 29. Jänner 1864.

Table with 2 columns: Item (e.g., 5% Metalliques, 5% Nat.-Anleh.), Price (e.g., 71.90, 120.50).

Fremden - Anzeige. Den 28. Jänner. Stadt Wien.

Die Herren: Heß, Agent; Deutsch und Waller, Kaufleute, von Wien. — Foges, Kaufmann, von Prag. — v. Hofbauer, k. k. Major, von Krainburg. — Frau Terpin, k. k. Hofarzgattin, von Littai. Elephant. Die Herren: Santarosa von Udine. — Dobrin und Scherz, Kaufleute, von Krainburg. — Jamisch von Nardorf. — Sabann, Agent, von Wien. — Mosicca, k. k. Postbeamte, von Prag. — Mißsch, Handlungsreisender, von Berlin. — Baron Frlsenthal von Baden. Wilder Mann. Herr Baron Gall von Gallenstein von Graz.

Baierischer Hof. Die Herren: Cyberger, k. k. Feldarzt. — Musquitter, Handelsmann, von Krainburg. Mohren. Herr Gaspari, Handelsmann, von Planina.

Verstorbene.

Den 22 Jänner. Dem Josef Schubig, B. St. Aufseher, sein zweitgeborenes Zwillingstind Antonia, alt 4 Tage, in der Stadt Nr. 96, an Schwäche. — Dem Herrn Josef Kostelzer, bürgerlichen Bäckermeister, seine Gattin Maria, alt 56 Jahre, in der Kapuciner-Vorstadt Nr. 25, an der Herzbeutel-Wassersucht. Den 23. Jänner. Valentin Pehnikar, Tagelöhner, alt 54 Jahre, im Civilspital Nr. 1, an der Tuberkulose. — Jakob Kofal, Inwohner, alt 65 Jahre, und Franziska Hanisch, Schneidergattin, alt 45 Jahre, beide im Civilspital Nr. 1, an der Gehirn-Lähmung. — Frau Anna Langher, bürgerl. Schuhmachermeisters- und Hausbesitzerwitwe, alt 73 Jahre, in der Stadt Nr. 99, an der Lungenlähmung. Den 24. Jänner. Dem Herrn Domenico Pavan, Friseur, sein Kind Josef, alt 19 Monate, in der Kapuciner-Vorstadt Nr. 71, an der Lungenentzündung. — Matthäus Schullerschitz, Inwohner, alt 55 Jahre, im Civilspital Nr. 1, an der Tuberkulose.

Den 25. Jänner. Das hochwohlgeborene Fräulein Anna Gall von Gallenstein, krainische Stiftsdame, alt 85 Jahre, in der Polana-Vorstadt Nr. 3 und Fräulein Pauline Bernsteiner, Fruchtgenießerin von 2 Gütern, alt 79 Jahre, in der Kapuciner-Vorstadt Nr. 40, beide an der Altersschwäche. Den 26. Jänner. Johann Strull, Bauer, alt 50 Jahre, im Civilspital Nr. 1, am Wundstarrkrampf. Den 27. Jänner. Andreas Zörner, Fischer, alt 67 Jahre, im Civilspital Nr. 1, sterbend überbracht. — Herr Josef Jaksche, Instituts-Lehrer, alt 61 Jahre, in der Polana-Vorstadt Nr. 20, an der Entartung der Leber. Den 28. Jänner. Dem Herrn Ignaz Lürk, k. k. Landesgerichts-Diözial, seine Frau Theresia, geborene Gde von Trummer, alt 71 Jahre, in der Stadt Nr. 175, an der allgemeinen Wassersucht. — Frau Anna Schlechter, kürgerl. Weißgärbers- und Hausbesitzerwitwe, alt 83 Jahre, in der Kapuciner-Vorstadt Nr. 46, an der Lungenlähmung. Laibach den 29. Jänner 1864.

Advertisement for Josef Jaksche: Für die gestern beim Leichenzuge meines unvergeßlichen Gatten Josef Jaksche bezogte große Theilnahme spreche ich in meinem, und im Namen meiner Kinder den herzlichsten Dank aus. Laibach am 30. Jänner 1864. Johanna Jaksche, geb. Strohbach.